

# Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa.  
Nummer Nr. 20.

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen  
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtshauptmannschaft beim Amtsgerichte und des  
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptkantons Meißen.

Postleitzettel: Dresden 1300  
Bürofasse Riesa Nr. 52.

Nr. 52.

Dienstag, 3. März 1925, abends.

78. Jahrg.

**Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 Uhr mit Ausnahme des Sonn- und Feiertags. Bezugspreis, gegen Vorabzahlung, für einen Monat 2 Mark 20 Pfennig durch Post oder durch Noten für den Fall des Eintretens von Produktionsstörungen, Erdbeben etc. behalten wir uns das Recht der Preissteigerung und Nachforderung vor. Anzeigen bis 21 Uhr werden, a) zum Preis von 10 Gold-Pfennigen, b) vom breiten Blattmarginal 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Anzeigen, Seite 2, Seite 3, 25 Gold-Pfennige. die 50 von breitem Blattmarginal 100 Gold-Pfennige; Zeitungs- und Eröffnungsort: Riesa. Umschläge Unterhaltungsbeiträge bezahlt an der Redaktion. Bei Belastung oder der Verarbeitung der Beiträge hat der Redakteur oder der Herausgeber keine Ansprüche auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Niedermann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittrich, Riesa.**

## Landesträuer für Sachsen am Donnerstag.

Die Nachrichtenstelle der Staatskanzlei verbreitet folgende Meldung:  
"Die Vermeidung von Menschenmassen wird erklärt, daß als Tag der Beisetzung des Reichspräsidenten im Sinne der tatsächlichen Verordnung vom 28. Februar der

Donnerstag, 5. März

auszuhören ist. Es sind daher an diesem Tage die öffentlichen Aufzüge und Aufzäufe verboten, und es ist bis zu diesem Tage auf halbmast anz' flaggen.

Gegenüber dieser Regelung in Sachsen ist, wie wir bereits gehört haben, durch die preußische Regierung für Preußen bestimmt worden, daß in Preußen am "Tag der Beisetzung" Mittwoch, der 4. März, anzutreffen ist. Das ist der Tag, an dem die offiziellen Trauerfeierlichkeiten in Berlin stattfinden.

## Die Trauerfeierlichkeiten in Berlin.

Berlin. Die von der Reichsregierung und dem Reichstag veranlaßten Trauerfeierlichkeiten zu Ehren des verstorbenen Reichspräsidenten bestehen aus der Trauerfeier, die im Hause des Reichspräsidenten stattfindet, sodann dem Trauerzug, der Gelegenheit zur Feier vor dem Reichstagsgebäude gibt, und dem Abschied vor dem Potsdamer Bahnhof. Die Trauerfeier der Reichsregierung für den verstorbenen Reichspräsidenten Friedrich Ebert findet am Mittwoch, den 4. März, um 3 Uhr nachmittags im Trauerhause statt. Hierbei werden Vertreter der ausländischen Regierungen und des Diplomatischen Corps anwesend sein. Außerdem sind Freunde der Familie geladen worden. Um 4 Uhr erfolgt in der Wilhelmstraße, deren östlicher Teil entsprechend abgesondert ist, die Trauerrade der Reichswehr. Die Ordnung des Trauerzuges ist bis ins Einzelne geregelt. Der Wagen mit dem Verstorbenen wird geführt und geleitet von den im Büro des Reichspräsidenten tätigen Referenten. Ihm folgen die Söhne, die Verwandten und nahen Freunde des Reichspräsidenten. Als Ehrengeleit folgen sodann der Reichskanzler und der Reichspräsident. Zum Schlus dieses aus der Trauerfeier der Reichsregierung gebildeten Zuges schließen sich die Wagen mit den Damen der Familie an. Es folgen die Wagen mit den in überwältigender Fülle gehenden Kränzen und Blumen. Vom Reichstag absieht nicht all die Verbände und Organisationen an, die an der Feier teilnehmen gedenken. Der Trauerzug geht durch das Mittelportal des Brandenburger Tores. Vor dem Reichstagsgebäude hält der Zug. Hier entbietet der Reichspräsident, umgeben von den Abgeordneten des Reichstages und Vertretern des Reichswirtschaftsrates, dem toten Reichspräsidenten den letzten Gruß der Volksvertretung. Durch Freigabe des Königsplatzes für Verbände und alle, die an der Feier teilnehmen wollen, ist hier Gelegenheit für ein Abschiednehmen für viele Tausende gegeben. Der Zug geht dann zum Potsdamer Platz, wo die Teilnehmer den Gruß zum letzten Gruß am Sarge vorbeigehen. Dieser Vorbeimarsch dauert bis gegen Abend. Sodann bringt der Zug den Toten nach Heidelberg.

## Die Beisetzungfeierlichkeiten in Heidelberg.

Heidelberg. Aus Anlaß des Abschieds des Reichspräsidenten hielt der Stadtrat gestern mittag 12 Uhr eine Trauerfeier ab. Neben den Vertretern der Beisetzungfeierlichkeiten liegen bis jetzt folgende Meldungen vor:  
Die Leiche des Reichspräsidenten wird am Donnerstag, 10 Uhr mit Sonderzug hier eintreffen und am Bahnhofplatz übernommen werden. Hier werden die städtischen und staatlichen Behörden sowie die Heidelberger Vereine Aufstellung nehmen. Die Leiche wird in feierlichem Buge vom Bahnhof zum Friedhof übergeführt, wo die eigentliche Feier stattfindet. An ihr werden sich auch die Heidelberger Sängerverbände beteiligen.

## Trauergottesdienst im sächsischen Landtag.

Dresden. Der sächsische Landtag wird am Donnerstag eine Trauergottesdienst für den verstorbenen Reichspräsidenten veranstalten. Die für diesen Tag vorgesehene Tagesordnung wird auf Dienstag, den 10. März, verschoben.

## Der Gewerkschaftsrings für eine Trauergottesdienst.

Berlin. (Rundschau.) Der Gewerkschaftsrings teilt mit, daß das deutsche Volk über alle Parteien und Gruppierungen hinweg steht in Trauer an der Stärke des verstorbenen Reichspräsidenten Friedrich Ebert, der sich in allen Kreisen der Bevölkerung als Staatsmann und Persönlichkeit größte Achtung erworben hat. Deshalb regt der Gewerkschaftsrings deutscher Arbeiter, Angestellten und Beamtenverbände bei den Reichsbehörden an, daß am kommenden Donnerstag 11 Uhr vormittags, zur Stärke der Beisetzung in Heidelberg, das deutsche Volk durch Arbeits- und Verkehrsvereine für die Dauer von 1 bis 2 Minuten seinen nationalen Trauer einheitlich klirrend verleihen möge.

## Am 29. März Wahl des Reichspräsidenten.

Berlin. (Rundschau.) In Versprechungen der Reichsregierung mit den Parteiführern des Reichstages einigte man sich dahin, daß der 1. Wahlgang für die Wahl des Reichspräsidenten am Sonntag, den 29. März, stattfindet.

## Um die Präsidentenwahl.

Von unserem Berliner Vertreter.  
Berlin, 3. März. Die Vorbereitungen zur Neuwahl des Reichspräsidenten haben noch nicht begonnen. Es ist auch sehr unwahrscheinlich, daß vor Ablauf dieser Woche irgendwelche Schritte getroffen werden, da die mahnenden Regierungskreise es für notwendig halten, die Präsidentenwahl nicht zu überstürzen. Allgemein herrscht der Wunsch vor, daß die beteiligten politischen Kreise nach Möglichkeit eine allzu große Besetztheit vermeiden und sich auf gemeinsame Kandidaturen einzulegen. Die Demokraten schlagen vor, daß die republikanischen Parteien, d. h. Zentrum, Demokraten und Sozialdemokratie, sich auf eine gemeinsame Kandidatur einigen. Ähnlich werden auch die Rechtsparteien vorher bestimmte Vereinbarungen treffen, um eine Sammelkandidatur anzustellen. Da die Kommunisten ihrerseits feierliche Vereinbarungen mit anderen Parteien eingegangen waren, muß man auch noch mit einem selbständigen kommunistischen Kandidaten rechnen.

In den politischen Kreisen würde man es für einen schweren Fehler halten, wenn allzu viele Kandidaturen auftreten sollten. Gelingt es, die geplanten Vereinbarungen durchzuführen, so würden mit einer Sicherheit etwa vier Kandidaten um die Reichspräsidentschaft läppen:

1. eine Kandidatur der Rechtsparteien.
2. ein Kandidat der republikanischen Parteien.
3. eine unpolitische Kandidatur.
4. eine kommunistische Kandidatur.

Da die Präsidentenwahl insofern von grundlegender politischer Bedeutung sein wird, als bei dieser Gelegenheit das partizipative Moment hinter den großen Gesichtspunkten zurücktritt, wird allgemein die Notwendigkeit bestehen, nur solche Kandidaten aufzustellen, die weder politisch noch parlamentarisch an eine Partei gebunden sind. In den rechtsgeschützten Kreisen denkt man daher vor allem an solche Persönlichkeiten, die nach seiner Meinung hin politisch belastet erscheinen können. Von demokratischer Seite wird dagegen der frühere Reichskanzler Dr. Marx als Kandidat der republikanischen Parteien viel genannt. Zunächst ist hierbei zu betonen, daß das Zentrum sich seine Entscheidung vorbehält hat und eine Kandidatur Marx keineswegs festgelegt ist. Auf der anderen Seite ist Dr. Marx Parlamentarier und bei den Regierungskämpfen in Preußen neuerdings wieder stark in den Vordergrund getreten, sodass voraussichtlich auch in den Zentrumskreisen einige Bedenken gegen eine solche Kandidatur erhoben werden dürften. Dies weiteren wird in den politischen Kreisen von einer Kandidatur des früheren Reichskanzlers Dr. Euno für die Rechtsparteien gesprochen. Auch in diesem Falle handelt es sich lediglich um Kombinationen, zumal der Name Euno schon bei früheren Anlässen als Anwärter der Rechtsparteien auf die Reichspräsidentschaft aufgetaucht war. Eine Anwartschaft Eunos ist jedoch sehr unwahrscheinlich, da die Verlässlichkeit Eunos in den weitesten Volkskreisen zu wenig bekannt ist. Das man auf den Gedanken kommen könnte, den gegenwärtigen Reichskanzler Dr. Luther in Vorschlag zu bringen, ist zwar ziemlich unabdingbar, wird aber vorläufig wohl kaum in Erwägung gezogen werden können, da Dr. Luther als Reichskanzler z. Zt. erheblich wichtiger ist und für die Fortführung seiner Politik augenblicklich schwerlich einen geeigneten Stellvertreter finden könnte.

Aus all diesen Kombinationen kann man jedenfalls erkennen, wie schwierig es sein wird, die Präsidentenfrage zu lösen, da Deutschland gegenwärtig über nur wenige Persönlichkeiten verfügt, die tatsächlich für eine Präsidentenwahl kandidieren. Die Parteien sind einverstanden worden, um zu der Präsidentenfrage Stellung zu nehmen.

Wie wir hören, wird Reichskanzler Dr. Luther in den nächsten Tagen nach der Beisetzung des Reichspräsidenten die Parteiführer einladen, um mit ihnen die Vorbereitungen zur Neuwahl des Reichspräsidenten zu besprechen. Da das Reichskabinett von sich aus keine Entscheidungen treffen will, sind die Parteiführer erlaubt worden, dem Kanzler bestimmte Vorschläge über die Formalitäten und über den Termin der Neuwahl zu unterbreiten. Zunächst wird eine Frist von drei Wochen aufgestellt werden müssen, bis zu der die Kandidaten für die Reichspräsidentenwahl benannt sein müssen. Die Vorstände aller Parteien sind einverstanden worden, um zu der Präsidentenfrage Stellung zu nehmen.

Berlin. (Rundschau.) Die Frage der Neuwahl des Reichspräsidenten "Loslanzer" und "Völkische Bla." treten lediglich dafür ein, daß die technischen Wahlvorbereitungen so beschleunigt werden, daß der erste Wahlgang bereit am 29. März und der zweite, falls ein solches notwendig werde sollte, am 26. April stattfinden kann.

Bezüglich der Kandidaten hält es der Vorwärts für selbstverständlich, daß die republikanischen Parteien in irgend einer Form bestrebt sein werden, möglichst geschlossen aufzutreten. Neben die fiktive Frage, welche Form des Ju-

sammengehens die glücklichste ist, würden in nächster Frist Entscheidungen fallen.

## Die preußische Ministerpräsidentenwahl vertagt.

Berlin, 3. März. Mit Rücksicht auf die durch den Tod des Reichspräsidenten geschaffene Lage ist nunmehr die Neuwahl des preußischen Ministerpräsidenten, die in dieser Woche stattfinden sollte, vertagt worden. Die Versprechungen über die Regierungsbildung in Preußen sind noch immer nicht einen Schritt vorwärts gekommen. Wie wir hören, sollen am Freitag neue Verhandlungen stattfinden, die sich zunächst auf die drei bisherigen Regierungsparteien befragen werden. Nach Lage der Dinge ist kaum damit zu rechnen, daß vor Mitte der nächsten Woche eine grundlegende Klärung der preußischen Regierungsfrage geschaffen ist.

Der Vorstand der deutsch-nationalen Landtagsfraktion beschäftigte sich am Montag abend mit einem neuen Vorschlag des Ministerpräsidenten Marx hinsichtlich einer Regierungsbildung auf breiter Grundlage. Er war sich darin einig, daß man ein Kabinett mit Minister Seering nicht billigen könne, da man vielmehr an dem heinerzeit in dem Antwortschreiben auf die Anregung der Bildung eines Kabinetts der Volkgemeinschaft niedergelegten Standpunkt festhalten müsse.

Auch die Deutsche Volkspartei beschäftigte sich in einer zweitständigen Sitzung mit der politischen Lage. Sie war der Ansicht, daß kein Anlaß vorliege, gegenwärtig einen neuen Anlaß zu fassen.

## Aus dem Reichstage.

### Der Reichsrat

genehmigte heute vormittag in kurzer Beratung in feinem Ausklang und im Plenum den Entwurf eines Gesetzes zur Übernahme der durch das Ableben des Reichspräsidenten entstehenden Kosten auf das Reich.

Der Text der Vorlage enthält die Bestimmung: "Die Reichsregierung wird ermächtigt, die aus Anlaß des Ablebens des Reichspräsidenten entstehenden Kosten auf Reichsmittel zu übertragen".

An die Beratung der vereinigten Ausschüsse für Haushalt und Rechnungsweisen und für innere Verwaltung schloß sich sofort die Plenarsitzung an, die von dem Reichsminister der Finanzen vorgetragen wurde. Die Reichsregierung hat es für eine Ehrenpflicht gehalten, daß das Deutsche Reich die Kosten, die aus Anlaß des Ablebens des Herrn Reichspräsidenten entstehen, auf die Reichskasse übernimmt. Sie hat deshalb, um der Angelegenheit eine würdige Form zu geben, ein ganz besonderes Gesetz vorgelegt. Dieses Gesetz hat neben die einstimmige Zustimmung der zuständigen Ausschüsse des Reichstages gefordert. Ich darf schließen, daß, wenn mein Vorschlag erfolgt, auch das Plenum des Reichstages dieses Gesetzes annimmt, Vorschlag erfolgt nicht, ich schließe die Sitzung.

## Preußischer Landtag.

Berlin. (Rundschau.) Im Preußischen Landtag hielt man heute mittag vor der Vollzügung fast sämtliche Fraktionen des Landtags Sitzungen ab. Die sozialdemokratische Fraktion verantworte eine Gedächtnisfeier für den verstorbenen Reichspräsidenten. Auch die demokratische Fraktion bedachte des verstorbenen Reichspräsidenten. Der Fraktionsführer Falk hat insbesondere seine Verdienste um das preußische Gebiet hervor. Sodann wurde die politische Lage, insbesondere die Frage der Wahl des Reichspräsidenten und des preußischen Ministerpräsidenten besprochen. Zur Regierungsbildung hielt die Fraktion jedoch an dem bis her eingenommenen Standpunkt fest.

## Zur Kontrollfrage.

Paris. (Rundschau.) Der Bericht des interalliierten Militärkontrollkomitees in Versailles umfaßt, wie der Bismarck offenbar von diesem Bericht widerstehender Seite erfahren hat, 11 Seiten. Es handelt sich berichtet das Blatt, bei diesem Bericht um keinen Kommentar der in dem Kontrollbericht festgestellten Tatsachen. Der Austausch zwischen beiden Parteien ist abgeschlossen, legtweile Schlußfolgerungen aus dem vorliegenden Bericht zu ziehen. Das Komitee habe in feiner Weise den Entscheidungen der alliierten Regierungen vorgehalten werden. Der Bericht stellt unter anderem fest, daß wenn Deutschland Ende 1918 etwa 100 Kanonen hätte herstellen können, es nach Ansicht Roths heute noch täglich etwa 50 Kanonen bauen könne dank der Fabriken, die sich nicht umgestellt haben. Aus dem Bericht geht weiter hervor, daß die Reichswehr, die nur eine Polizeitruppe sei, im Laufe der letzten Jahre in ein Kriegsheer ausgebaut worden sei, bereit, in letzter Frist einzutreten. Es sei wahrscheinlich, daß die Verteidigungskonferenz von Marshall Roths verlangen werde, daß er gewisse Punkte präzisere und gewisse Vorschläge unterbreite, wozu er bereit sei. Roth habe sich bemüht, die Feststellungen der Kontrollkommission zu reumiteren. Er wisse auch schon, wie er die Kontrolle wirklich machen wolle und habe auf diesbezügliche Fragen geantwortet, das sei viel einfacher als man annahme.

## Belagerungszustand in Chile.

\* Paris. Aus St. Diego wird gemeldet, daß über die Bezirke von St. Diego, Valparaiso und Concepcion der Belagerungszustand verhängt wurde.



ten, insoweit die Erfahrungen der vergangenen Zeit Folgen gezeigt haben, die auch noch für die Zukunft verhältnismäßig werden können.

Nach den bisher aus den verschiedensten Gegenden Deutschlands beim Deutschen Zentralausschuss für die Ausbildung eingegangenen ärztlichen Berichten, deren systematische Bearbeitung einer späteren Zeit vorbehalten werden muss, sind im Südburkost 1414 824 Schulfinder (etwa 19 Prozent aller deutschen Schulkinder) auf Grund der vom ärztlichen Berat des DZU aufgestellten Richtlinien untersucht worden, wobei es sich in der Regel um eine Gesamtumfassung der in Betracht kommenden Schulklassen handelt. Von diesen Kindern sind 310 373 — 21 Prozent als dringend ernährungsbedürftig bezeichnet worden, 110 136 — 8 Prozent waren tuberkulosebelästigt. Von den genauer untersuchten 1029 853 Kindern waren 188 871 — 18 Prozent asthenisch, d. h. engkräftig, mit grauem Körperbau, mäßiger Blutgefäße- und Seidentwicklung, 49 289 — 5 Prozent neurotisch.

In ganz besonderem Maße blühen die Berichte aus ländlichen Gegenden interessieren, aus Gegenden, von denen im allgemeinen angenommen wird, dass Ernährungsnot und Kinderelend hier nicht zu finden seien. Um so mehr mag es erstaunen, wenn ein Bericht der Kinderhilfekommission der amerikanischen Quäler als baupräzisesten Eindruck einer Reihe durch Baumwoll den Kontrast zwischen der schönen, fruchtbaren Gegend und dem dünnen, verhungerten ausliegenden Kindern in der Schule, und auf der Straße bestehet. Dieser Eindruck wird bestätigt durch die Berichte der drei Regierungen Steglitz, Kölln und Stralendorf. In diesen Berichten wird u. a. angegeben, die Blutarmut habe abgenommen, die Typhuselosigkeit dagegen zunommen. In Steglitz waren 20 Prozent aller Kinder mit latenter Tuberkulose in einer oder der andern Form infiziert; 0,3 Prozent litten an aktiver Tuberkulose der Lunge oder anderer Organe, 70 Prozent an Drüsenschwellungen. In Stolpe waren von 5800 durch die Tuberkulosefürsorge gestellte unterversornten Kindern 113 konstitutionell gefährdet, 24 verdächtig, 66 hatten tuberkulöse Drüsen, 75 waren strobolös. Von 7078 Schulkindern wurden 1200 als Ernährungsbedürftig bezeichnet; aber nur 500 konnten an der Schulspaltung teilnehmen. In Kölln war das Durchschnittsge wicht der Kinder 10 Pfund unter normalem Gewicht. In Stralendorf waren 30 Prozent der Schulsänger unterernährt, beigleitend 50 Prozent der Schüler des 4. Schuljahres, 10 Prozent der älteren Kinder (überwiegt Knaben). Neu-Stettin und Tempelburg geben 25 Prozent der Kinder als unterernährt an. In Greifswald waren 50 Prozent der Volkschulkinder unternormal entwickelt, in Stralendorf 25 Prozent sehr schlecht ernährt, 45 Prozent schlecht und mittelmäßig. In Anklam wurden die Schulkinder nach dem Röntgen untersucht und gruppiert. Der Prozentsatz der Kinder, die unterernährt waren, d. h. unter dem Durchschnittsindex standen, war 45 Prozent gegenüber 41 Prozent 1923. Über dem Durchschnitt standen 17 Prozent gegenüber 23 Prozent 1923. Im Kreise Regenwalde standen von den Stadtkindern ein Fünftel unter dem Gewichtsdurchschnitt, in manchen Fällen bis zu 17 Pfund.

Ähnliche Ergebnisse brachten die ärztlichen Untersuchungen in Bayern, das ja vielfach als das Überdodo Deutschlands gilt. Hier sind von den insgesamt 268 279 Schulkindern 57 707 — 22 Prozent als dringend ernährungsbedürftig, 14 529 — 6 Prozent als tuberkulosebelästigt bezeichnet worden.

Das Gesundheitsamt Hamburg gibt den Prozentsatz der tuberkulosekranken und -gefährdeten Schulkinder für 1922/23 mit 2,88, für 1923/24 mit 3,89 an.

Aus Braunschweig wird berichtet: Einwandfrei konnte festgestellt werden, dass von den Kleinkindern sowohl wie von den Schulkindern 40 Prozent entweder tuberkulös oder tuberkulosegefährdet sind, dabei muss aber ganz besonders betont werden, dass diese Krankheit nicht nur unter den Arbeiterkindern zu finden ist; im Gegenteil bei den ehemals besser gestellten Kreisen des Mittelstandes, der allmählich immer mehr verarmt und herabfällt, kommt sie weit häufiger vor, als das früher beobachtet worden ist.

Der Stadtmedizinalrat von Gelsenkirchen schreibt: „Nach der Erfahrung der praktischen und amtlichen Arzte und älter in den sozialen Arbeit stehenden Personen ist festzustellen, dass die Tuberkulose im allgemeinen sehr angenommen hat, besonders aber die Kindertuberkulose, die in einem Maße und in einer Form auftritt, wie sie früher fast unbekannt war. Auch das jugendliche Alter von 16—20 Jahren ist durch die Tuberkulose sehr gefährdet.“

In einem Bericht des Kreisarates in Meiningen heißt es: „Die Tuberkulosegefährdung ist größer geworden durch die ungünstigen Wohnungsverhältnisse und die Ernährungsnot.“

Es darf aus dem vorliegenden Material, so unvollständig es auch sein mag, doch mit einiger Sicherheit die Schlussfolgerung gezogen werden, dass trotz einer gewissen Besserung gegenüber den vorangegangenen Jahren auch heute noch eine große Zahl deutscher Kinder unter einer ausgesprochenen Nahrungsnot leidet und dass um so weniger gelungen ist, die gesundheitlichen Schädigungen durch die Unterernährung während der Kriegszeit zu überwinden. Dieses Ergebnis stimmt überein mit dem von allen befragten Sachverständigen (Führerbeamten, Vertretern von Wohlfahrtsvereinen, Ärzten, Lehrern usw.) einmütig abgegebenen Urteil, dass noch auf Jahre hinaus eine besondere Ernährungsfürsorge für die deutsche Jugend erforderlich ist, wenn ein weiterer Niedergang der Volksgesundheit vermieden und das heranwachsende Geschlecht befähigt werden soll, dem im Jahre der Stabilisierung begonnenen Wiederaufbau Deutschlands erfolgreich weiterzuführen.“

## Erfrorene Finger.

Unter diesem Titel sind zwei Formen von Erscheinungen auseinander zu halten: 1. Das, was wir „echte“ Erfrierung nennen, Zustände, die im gewöhnlichen Leben ungemein selten vorkommen. Es handelt sich hierbei um schwere Schädigungen der Haut, des Unterhautgewebes, ja der gesamten Fingermuskelatur und -knönen, die durch lange Einwirkung sehr grober Kälte (— 10 bis 15 Grad Celsius, auch mehr) hervorgerufen werden. Es wird hierbei das ganze Gewebe tatsächlich gefroren und dadurch so geschädigt, dass es späthlich ‚brandig‘ wird; in solchen Fällen kann es selbst zum Verlust aller Finger, ja der ganzen Hand kommen. Ein seltener Vorfall ist, meist nur bei besondern Unglücksfällen (Erfrieren in den Bergen und anders mehr) zu beobachten. Gewöhnlich kommen hierbei auch noch Erfrierungen anderer Körperteile, insbesondere der Hände, vor. Das Gefährliche für das Zustandekommen von Erfrierungen ist die „nahe“ Kälte. Werden Handschuhe, Schuhzeug durchdröhrt — und wie leicht kommt dies in solchen Verhältnissen trotz besserer Qualität der Umhüllungen vor! — und friert hierauf das Ganze wieder, so sind die Bedingungen für die Gewebebeschädigung besonders gegeben. Das einzige Vorbeugungsmittel, das hiergegen in Betracht kommt, ist das Umgewehren der naßen Kleidungsstücke gegen trockene, in solchen Situationen, wie wir sie hier vor uns haben, leider meist nicht durchführbar. Die zweite Gruppe von Erscheinungen, die in Betracht kommt, unterscheidet sich kaum sehr wesentlich, wird jedoch ebenso im Vollkommen mit

der Bezeichnung „erfrorene Finger oder Hände“ gemeint. Schon zur Herbstzeit, wenn das feuchtkalte Wetter einsetzt, beginnen bei Personen, die eine gewisse Anlage hierzu haben, die Finger eine eigenartig blaurote Verfärbung anzunehmen, meist sind sie etwas angewölbt, fühlen sich kalt und feucht an und jucken und brennen intensiv. Werden die Fäste im Winter größer, so können sich die Erscheinungen noch steigern; es treten schwerzählige blaurote Knoten, besonders an den Streckseiten der Finger auf, die an der Oberfläche selbst geschwürigen Verfall erleiden können — es kommt das zur Entwicklung, was wir Frostbeulen nennen. Dieser Zustand ist für den Patienten ungemein quärend. Fragen wir uns nach der Ursache des Auftretens, so liegt der erste und wichtigste Grund zweifellos in ungewöhnlichen Verhältnissen der die Hände und Finger versorgenden Blutgefäße. Die Gefäße vermögen auf die verschiedenen thermischen Reize, von denen sie getroffen werden, nicht in normaler Weise zu reagieren. Der Grund hierfür kann angeboren oder während der Entwicklung entstanden sein. So sieht man beispielsweise bei bleichbläulichen, blauarmen Menschen, besonders bei Männern während der Entwicklung, sehr häuflich derartige Zustände. Gewiss kann aber aus, die Grundlage für solche Erscheinungen im späteren Leben bei sonst voller Gesundheit erworben werden. Besonders sind es Verufe, wo der eingelene viel mit Wasser handhaben muss oder beständig in feuchter Umgebung beschäftigt ist und dabei seiner Hand keine entsprechende Pflege angebietet läuft (vor allem Mangel des Abtrocknens). Diese bezüglich kennen wir geradezu bestimmte Kategorien, beispielsweise Bäckerinnen, Marktheister, Fischer, Kutscher, Angestellte der Lebensmittelbranche und dergleichen mehr, bei welchen derartiges besonders leicht zur Beobachtung kommt. Man muss sich nur vorstellen, wie hier die Blutgefäße fortwährend gereizt werden, wie insbesondere der Übergang von Kalt zu Warm jedesmal den Füllungszustand der Blutgefäße zu ändern vermag, um zu verstehen, dass endlich die Gesäßwand erlahmt und damit dann auf weitere Reize nicht mehr gehörig anspricht. Ist dieser Boden einmal vorbereitet, dann genügen schon relativ geringgradige Schädigungen, um das Bild der „erfrorenen Hand“ herzurufen. Hierzu sind durchaus nicht Minusgrade nötig, schon bei 3 bis 4 Grad über Null, selbit höheren Temperaturen, können solche Zustände in Erscheinung treten; es erscheint sofort, dass der Name „Erfrierung“ eigentlich ganz unrichtig ist, da nicht einmal Gefrierungstemperaturen vorhanden zu sein brauchen. Natürlich, je niedriger die Temperaturen, um so schlechter — aber es wäre durchaus falsch zu glauben, dass nur bei Minusgraden solche Zustände entstehen könnten. Aus dem Dargestellten ergibt sich eigentlich auch schon von selbst, worin der Schutz gegen diese Erkrankung gelegen ist. Personen, die von Haus aus eine derartige Anlage haben, die fast beständig eine sogenannte kalte, feuchte Hand darüberliegen, können sich, vor allem zur Zeit der Witterungsunterschiede im Herbst und im Winter durch die Wollhandschuhe sehr schützen; nicht zu eng anliegende Handschuhe, damit die Blutzirkulation ja nicht irgendwie behindert wird, keine Glashandschuhe! Jedemaliges gewaschen Abtrocknen der Hände nach Wäschen der Hände oder Hantieren im Wasser. Weichtes, wiederholtes Einsetzen der Handschuhe ausgelegt sind, gelten grundsätzlich die gleichen Vorsichtsmahnmeln. Ist es zur Erfrierung gekommen, dann ist ärztlicher Rat einzuholen. Die Behandlung ist oft durchaus nicht einfach, erfordert viel Erfahrung.

## Das Bedürfnis der Reichsbahn-Gesellschaft.

Berlin. (Funkspruch.) Der Generaldirektor der Reichsbahn, Minister Oeser, drückte heute der Familie des Reichspräsidenten im Namen aller Angehörigen der deutschen Reichsbahn-Gesellschaft sein tiefempfundenes Bedürfnis aus und überreichte einen kostbaren Krans, geschmückt mit einer Schleife in den Reichsfarben.

## Weitere Beileidsstundgebungen des Auslandes.

Berlin. (Funkspruch.) Der belgische Herr Geschäftsträger hat zu Beginn der heutigen Sitzung, die die zur Zeit in Berlin anwesende belgische Handelsdelegation mit der deutschen Delegation gehabt hat, die Teilnahme der belgischen Delegation an dem Tode des Herrn Reichspräsidenten zum Ausdruck gebracht. Die Worte des belgischen Herrn Geschäftsträgers haben die hohe Würdigung erkennen lassen, die die Verdienste des Herrn Reichspräsidenten nicht nur um Deutschland, sondern auch um die friedliche Entwicklung des gesamten Europas in Belgien gefunden hat. Der Vorsitzende der deutschen Delegation hat der belgischen Delegation für diesen Beileid der Teilnahme in heraldischen Worten gebannt.

Der Präsident Finnlands Relander hat an Frau Ebert telegraphiert: Genehmigen Sie die Verdienste dieses Menschen höchstes Ausmaßes aus Anlass des Ablebens des Herrn Reichspräsidenten.

Der Präsident von Haiti Horro sentete Frau Ebert folgendes Telegramm: Ich nehme von Herzen teil an Ihrem tiefen Schmerz und bitte Sie, den Ausdruck meines lebhaftesten Mitgefühls aus Anlass des Ablebens des Präsidenten Ebert verschert zu sein.

## Beileidsstundgebungen der Nationalversammlung in Ungarn.

Budapest. (Funkspruch.) Präsident Scitovszki widmete nach Eröffnung der heutigen Sitzung der Nationalversammlung dem verstorbenen deutschen Reichspräsidenten folgenden Nachruf:

„In der ganzen Welt hat die Sonnenabend aus der Hauptstadt des Deutschen Reiches gekommene Kunde vom Ableben des deutschen Reichspräsidenten Fritz Ebert tiefen Ergriffenheit erweckt. Für die große undcole deutsche Nation, unserer einstigen Bundesgenossen in dem und aufzusammenen Kampf um Leben und Tod, heute Schicksalsgenossen in Not und Elend, bedeutet dieser Verlust eine neuzeitliche schwere Beeinträchtigung. In der Person des ersten Reichspräsidenten verliest sie ein Staatsoberhaupt, der in der Zeit der Schicksalswende aus den Meeren der bedrohenden Handwerker an die Spitze seiner Nation gelangte, und von der schweren Warte mit erweiterter Gesichtskreis den Weg seines Berufes fah, ohne vom persönlichen Aufstieg verändert zu werden, während er sich einem unter der Last der sich aufeinander türmenden kritischen Situationen gestählten Pflichtgefühl mit allgemein anerkannter Klugheit und mit Hingabe all seiner Kräfte dem Dienste seines Vaterlandes, dem Aufstieg seines niedergeworfenen Volkes. Durchdrungen von der Empfindung, dass der Verlust der an der Seite trauernden deutschen Nation von Seiten der Vertretung der ungarischen Nation nicht ohne Widerhall bleiben könne, sah ich mich veranlasst, sogleich nach Entgegnahme der Trauerbotschaft im Namen der Nationalversammlung ein Beileidstelegramm an den Präsidenten des deutschen Reichstags zu richten. (Allgemeiner Beifall.)

## Letzte Funkspur-Meldungen und Telegramme

Niela, am 3. März 1925.

Die nächste Reichstagssitzung am Freitag.

Berlin. (Funkspur.) Wie vom Büro des Reichstags mitgeteilt wird, findet die nächste Sitzung des Reichstags am Freitag nachmittag um 2 Uhr statt.

Die Berliner Börse bleibt am Mittwoch geschlossen.

Berlin. (Funkspur.) Wegen der Trauerfeierlichkeiten für den verstorbenen Reichspräsidenten bleibt die Berliner Börse nach Abschluss des Börsenvorstandes am Mittwoch, den 4. März für jeden Verkehr geschlossen.

Eine niederländische Konsulatsfahne von Kommunisten geschnitten.

U. Berlin. Der „Berliner Post-Kong.“ meldet aus Dortmund, dass vom Gebäude des dortigen Niederländischen Konsulats in der Nacht zum Sonntag die auf baldnak gehöhte Fahne heruntergeholt und gestohlen wurde. Die Täter Angehörige des Kommunistischen Jugendbundes, konnten noch nicht festgestellt werden. Anscheinend galt der kommunistische Anschlag den deutschen Reichsbürgern, die die Täter in der Dunkelheit mit den niederländischen Farben verwechselten.

Im Eisenbahnzug erschlagen.

Breslau. (Funkspur.) Den Breslauer Neuen Nachrichten wird aus Ratibor gemeldet: In dem aus Niederschlesien Kattowitz eingetroffenen Personenzug wurde bei der Charlottengrupe in einem Abteil 3. Klasse ein Grubensteiger überfallen und mittels Axt zu Boden geschlagen. Zwei im Nebenabteil sitzende polnische Beamte kamen dem Überfallenen zu Hilfe, der Attentäter sprang jedoch aus dem Zug und entfloh. Der Überfallene ist seinen schweren Verletzungen erlegen.

Gegen die neuen Börsenverordnungen in Italien.

Rom. (Funkspur.) Die Delegierten der Börsenmakler von ganz Italien haben sich gestern hier versammelt, um gegen zu protestieren, dass die neuen Börsenverordnungen der Regierung erlassen worden sind ohne die sachlich leitenden Börsenkreise zu fragen. Unterhandlungen der Börsenmakler mit dem Finanzminister verliefen bislang ergebnislos.

Wiederum ein Munitionslager entdeckt.

Sofia. (Funkspur.) An der jugoslawischen Grenze entdeckte die Kriminalpolizei in den Dörfern Semen und Voletinci ein neues Munitionslager. Es sind mehrere Personen verhaftet worden.

## Vermischtes.

Die jüngste Großmutter. Bis vor kurzem wurde eine junge Frau in dem nordamerikanischen Staate Cincinnati für die jüngste Großmutter gehalten. Sie war an dem Tage, als ihr Enkel geboren wurde, 34 Jahre alt. Inzwischen aber ist der Kubus auf eine Schwester übergegangen. Sie ist die Frau eines Metallarbeiters namens Moses und wohnt in Kildie in Schottland. Diese junge Großmutter hatte am 3. März 1915 im Alter von 16 Jahren Hochzeit. Ihre Tochter beträte im Alter von 15 Jahren und wurde im Alter von 16 Jahren und 2 Monaten Mutter. Bis auf Weiteres ist anzunehmen, dass der Rekord dieser jüngsten Großmutter nicht zu brechen ist.

Die Macht der Muß. Eine vornehme Venezianerin, die mit dem Sohne eines Senators verheiratet war, hörte den Violinvirtuosen Strabello, verliebte sich in ihn und entstieß mit ihm nach Rom. Voll Wut und von dem Gefühl der Rache beelegt, ließ ihm der verherrigte Bräutigam, als Pilger verkleidet, nach und traf gerade in Rom ein, als in der Peterskirche ein großes Missfest aufgeführt wurde. Er war von dem Spiegle eines Violinvirtuosen bewußt, dass er sich nach Beendigung der Aufführung durch die Zuschauer drängte und außer sich vor Entzücken, den Künstler umarmte. Aber, als er ihn ansah, wie groß war sein Erstaunen — es war der verachtete Nebentübler. Einem Augenblick stand er in innerem Kampf da, dann sagte er mit erhobener Stimme zu Strabello: „Ich verzeihe dir, denn das Schicksal hat dich dazu bestimmt, alle Herzen zu begeistern.“

Bei lebendigem Leibe von Bürgern aufgefressen. Aus Ledenburg in Ungarn wird gemeldet: Gestern fanden gelegentlich einer Streife in der Nähe der Stadt in einem entlegenen Schuppen eine Leiche, die einen furchtbaren Geruch verbreitete. Die ärztliche Untersuchung ergab, dass der Unglücksdieb von Bürgern zu Tode gestochen wurde. Die Nachforschungen haben ergeben, dass es sich um einen gewissen Union Schmidt handelt, den Sohn eines Hauptmanns der ehemaligen gemeinsamen Armee. Seine Mutter stammt aus einer angesehenen Ledenburger Patrizierfamilie. Anton Schmidt genoss in seiner Jugend eine vorzügliche Erziehung und es ist unerklärlich, durch welche Umstände der junge Mann, der Jahre hindurch nicht in seiner Heimat gelebt wurde, darunter heruntergekommen ist. Vor einigen Wochen arbeitete er noch als Tagelöhner, wurde aber dann wieder arbeitslos, und da er auch keinen Unterkunft hatte, suchte er den verlassenen Schuppen auf. Er hatte anscheinend taglang nichts gegessen und ist vollkommen entättigt ein Opfer der Räuber und des Schmutzes geworden. Sein Körper war von Wunden berumzogen.

Der Selbstmord als Schauspiel. Einen recht geschlossenen Witz ließte sich ein junger, seines Lebens überbrülliger Mann in Budapest. Zu seinem Selbstmord hatte er die Zeitreiter der Presse eingeladen. Der Selbstmörder heißt Franz Kiss. Gestern früh begab sich Franz Kiss in das Café Holland und lud telefonisch die Polizeireporter der Zeitungen ins Kaffeehaus ein, wo sie, wie er ihnen bedeutete, Zeugen eines interessanten Vorfalls sein könnten. Als die Journalisten, dem Ruf folgend, im Café Holland eintrafen, entdeckte die Detonation eines Sprenges. Franz Kiss hatte sich in diesem Augenblick eine Kugel in die Brust gelagert. Es besteht wenig Hoffnung, dass es den Verletzen gelingen werde, ihn zu retten. In einem hinterlassenen Schreiben sagt er, er habe die Zeitungen beweisen wollen, dass er in voller Seelenruhe zu sterben vermochte.

Ist Liebe zu Hagen verrückt? Eine alte Dame, Mme. Michel, die in Paris lebt, zog den Verkehr mit ihrer Angoraafdecke dem Zusammenleben mit ihren Nachbarn und Nachbarinnen vor und wollte von der Welt nichts wissen. Die Nachbarn fanden das Verhalten der 68-jähr. Dame so merkwürdig, dass sie auf die Polizei gingen und ausfragten, die Frau müsse verrückt sein, da sie sich nur mit ihrer Kugel beschäftige. Sie wurde daraufhin in eine Irrenanstalt gebracht, und es erhob sich die Frage, ob ausschließlich Liebe zu einer Kugel ein Zeichen von Gesellschaftslosigkeit sei. Die Irrenärzte konnten aber sonst keine Spur von Irren an ihr feststellen und entschieden daher, dass sie normal sei und entlassen werden müsse. Immerhin hat die Liebe zu ihrer Kugel ihr 8 Monate Gefangenstall im Irrenhaus eingebracht. Da sie keine Verwandten hat, die ihre frühere Betreuung erwirken konnten, wurde sie auf nach dieser Zeit entlassen.



**Der Feinschmecker sagt:**  
Einfach tadellos! Quieta bereitet dem Kenner einen wirklichen Hochgenuss.  
**Trinke Quieta!**

### Amtliches.

Die Kreisbaudirektion Dresden hat in Erklärung des Kreisausschusses gegen die Gebührenordnung des Bezirksverbandes der Amtshauptmannschaft Großenhain Einwendungen nach § 155 der Gemeindeordnung nicht erhoben.

Die Gebührenordnung liegt 14 Tage lang in der Amtshauptmannschaft während der geordneten Dienstzeit zur Einsicht aus.

Großenhain, am 26. Februar 1925.  
232 b d 1. Die Amtshauptmannschaft.

Das Verbot vom 2. April 1914 betr. Auswerfen und Schleppen von Untern auf den Grundstücken ober- und unterhalb der Pleißer Elbbrücke wird aufgehoben.

B. II. — Elbltr. 16.

Meißen, den 1. März 1925.

Die Amtshauptmannschaft Meißen als Elbstromaut.

Auf Blatt 298 des Handelsregisters, die Firma „Speicher- und Siedlungs-Gesellschaft in Niela“ betr., ist am 17. Januar 1925 und auf Blatt 8009 des Handelsregisters des Amtsgerichts Dresden hinsichtlich der Zweigniederlassung Dresden am 19. Februar 1925 eingetragen worden: Die Generalversammlung vom 26. November 1924 hat die Umstellung des Grundkapitals auf zwei Millionen neunhundertsechzigtausend Reichsmark beschlossen. Das neue Aktienkapital wird eingeteilt in vierundzwanzigtausend Stück Stammaktien über je einhundertwanzig Reichsmark und achttausend Stück Vorzugsaktien über je zehn Reichsmark. Die Umstellung ist erfolgt. Der Gesellschaftsvertrag ist durch den gleichen Beschluss laut Notariatsprotokoll vom 26. November 1924 in den §§ 6, 18, 21, 22, 23, 25 und 28 abgeändert worden.

Amtsgericht Niela, den 27. Februar 1925.

### Schuttabladplatz betr.

Wir geben hiermit bekannt, daß infolge Aenderung des mit Herrn Gutsbesitzer Edwin Bieger in Poppitz bestehenden Vertragsverhältnisses von jetzt an die Gebühren für das Abladen von Schutt und Asche auf dem Bieger'schen Grundstück in Poppitz nicht mehr an unsere Stadthauptkasse, sondern an Herrn Bieger in Poppitz direkt zu bezahlen sind. Auch eine Ausgabe von Karten, die zum Abladen von Schutt und Asche auf dem vorgenannten Grundstück berechtigen, erfolgt durch die biegsche Stadthauptkasse nicht mehr.

Vereinbarungsgemäß wird jedoch Herr Bieger die bisher gültigen Gebühren für das Abladen von Schutt und Asche auf seinem Grundstück auch weiterhin erheben. Diese Gebühren stellen sich d. St. auf 1,00 M. für eine Zwei-Pannier-Fuhrzeuge 0,75 M. für eine Ein-Pannier-Fuhrzeuge und 0,50 M. für einen Handwagen.

Der Rat der Stadt Niela, 1. März 1925. Sam.

Freitag, den 6. d. M., vormittags 10 Uhr gelangen im Rathaus im Verwaltungssaal eine Schreibmaschine, ein großer Posten Spiegelglas, östliche Vorhängen und Schmuckgegenstände öffentlich zur Versteigerung.

Kröner, hellv. Ratsvollzieher.

Der Plan über die Herstellung von ober- und unterirdischen Telegraphenlinien an den Straßen von Leutzsch nach Schkeuditz und von Schkeuditz nach Nünchritz, sowie im Thomaskirchenviertel und in der Viehherrenstraße im Nünchritz liegt beim Postamt Niela vom 6. März ab 4 Wochen aus.

Dresden-N. 6, den 28. Februar 1925.

Telegraphenbauamt 2.

**Schlüsselbund Dienstmädchen**  
Sonnabend abends Lantzstr. das zu Hause loslassen verloren. Abzugeb. geg. fann, gesucht Belohnung. i. Tagbl. Niela. Bahnhofstr. 3a, 3. I.

### Kammerlichtspiele

Hauptstr. 1

Nur heute und morgen die beiden Filmwerke  
**Adam und Eva**  
und der  
**Totenkopfreiter.**  
Anfang 7 und 9 Uhr.  
Um gütigen Zuspruch bittet die Direktion.

### Hotel Bettiner Hof.

#### Richters Rostümfest

ehemaliger Tanzstundenlehrer nebst Angehörigen findet heute Dienstag in voller Umfang statt.  
Einlaß 7 Uhr. Anfang 7.30 Uhr.

**Glaubitz.** **Unser Maskenball**  
findet Freitag, 6. März 1925 statt. Gelöste Maske- u. Eintrittskarten haben Gültigkeit.  
Wohltätigkeitsverein „Tägl. Rechtsschule“  
Zweigverein Glaubitz.

### Riesa, Hotel zum Stern. Circus Alberly.

Heute und täglich abends 8 Uhr  
**große Galavorstellung.**

Mittwoch nachmittag 4 Uhr  
**Fremden- und Kindervorstellung**  
mit stets ausserlesinem Programm.

Nachmittags zahlen Kinder halbe Preise.

Kartenverkauf, ab 10 Uhr vorm. im Circus.

### Parkett-Fußboden

bester u. billigster Belag, speziell auf alte, abgenutzte Dielen, hergestellt und verlegt Döbelner Parkettfabrik Julius Gröbler, Löbtau, Am Bahnhof. Telefon 275.

### Kleiner Laden

wenn mögl. in Wohnung, für ruhiges Geschäft in Größe zu wünschen gestellt. Täuschung in Größe vorhanden. Off. am 8.2.96 an das Tageblatt Niela.

**Zg. Mädchen** 20 Uhr, vom

Landeskinderhaus sucht zum Besuch seinerzeit gehabten Eintrittskarten zu 4 M. — günstig für alle 5 Vorträge — sonst 6 M., bei Photograph Werner, Niela, Goethestr. 81, ausgebündigt. Allen Eltern sei der Besuch der prächtigen Vorträge empfohlen.

Ein kräftiges Mädchen von 18—20 Jahren als

### Schweinemagd

für sofort gebraucht. Kleidung, Ganzig bei Borsig.

Ein kräftiges Mädchen von 18—20 Jahren als

### Beimagd

für sofort gebraucht. Seifert, Ganzig bei Borsig.

Zwei saubere Kleidige

### Hausmädchen

für sofort oder 15. 3. gebraucht. Zu melden bei Hofmann, Stadt Leipzig.

**Malergehilfen**

welcher sauber und selbstständig arbeitet, stellt sofort ein.

**Bernh. Ernst**

Klösterlestraße 9.

### Raußmann

27 J., sucht Wirkungsfreis f. Heile, Exped., Lager od. sonst Vertrauensposten, laufender Gehalt unter 0 2200 an das Tagebl. Niela.

### 1 hochdr. Siege

zu verkaufen Glaubitz 222.

### Der Geburtstagskuchen

ist vorzüglich geraten, weil er mit der Feinkostmargarine „Schwan im Blauband“ zubereitet wurde. Neben ihrem köstlichen Aroma sind es der grosse Nährwert und der wohlselige Preis, welche die Blauband-Margarine jeder Hausfrau unentbehrlich machen.

Preis 50 Pfennig  
das Halbpfund  
in der bekannten  
Packung.



### Schwan im Blauband

frisch gekocht

Wir bitten, beim Einkauf von „Schwan im Blauband“ der farbige illustrierte Familienblatt „Die Blauband-Woche“ gratis zu verlangen.

Ei-Rostenosen m. Nachschlag  
billig zu verkaufen  
Grödel Nr. 5.

Gebr. Kinderwagen  
verz. Luron, Braun, Bahnhof.  
Tadellos erhalten  
Schauklensterbude  
bill. a. verz. Wettinerstr. 9, 2.

Zwei guterhaltene  
Eisenbahnmäntel  
L. Größe 165 passend, zu verkaufen. Bolle, Schloßstr. 23.

Wer gibt 11 Jahre. Anschrift  
gründlich. Unterricht im  
Wandolinepiel? Off. u. L. 2336 a. d. Tagebl. Niela.

Unterricht im  
Weißnähen  
erteilt Frau Reichardt,  
akadem. gerüst. Gröba, Altstadtstr. 13, 1.

Fräulein empfiehlt sich als  
Schneiderin  
in und außer dem Hause.  
Weida, Gucklich-Str. 1, v.

Bogtlund. Gardinen  
3 teilig. Meisterware, verkauft billig Angermann,  
Siedlung Felgenauerstr.

Leiden  
Sie an Blauen, Horn- und  
Rierenbeschwerden. Ausdruck  
und Insektenkrebs! Dann  
trinken Sie Apoth. Mar  
Wagner's BOLDO-TEE.  
Paket M. 1,50. — R. B.  
Apoth. Wagner's in Gröba  
Med.-Drogerie in Niela.

1Pfd.Tabak 1M.  
Fabrikklager Rosenpl. 2 e.

### Tische

Auszugstische, elche, 54 x  
do. nuss, vol. 45 x  
Statistische, " 28,50  
Möbelhaus Herbst  
Goethestraße 25.

Gasthof Mergendorf.  
Morgen Mittwoch  
Nachtischfest.  
Von 6 Uhr ab Weißfleisch.

Sonntag abend 17 Uhr  
entzündet sanft nach langem  
überwintern. Belden meine  
innigst geliebte treue Mutter  
und liebe Schwiegermutter, Frau

Emille verm. Reil  
im 67. Lebensjahr.  
In tielem Schmerze  
Willy Segner geb. Reil.

Seehausen, d. 2. 3. 25.  
Die Beerdigung erfolgt  
Donnerstag 1/2 Uhr in  
Blochwitz.

Die heutige Nr. umfaßt  
8 Seiten.

**D rucksachen**  
aller Art liefert  
solid u. preiswert  
Langer & Winterlich  
Goethestraße 59.

## Der Finanzausgleich zwischen Reich, Länder und Gemeinden.

Berlin. Gestern ist der Entwurf eines Gesetzes zur Neuregelung des Finanzausgleiches zwischen Reich, Ländern und Gemeinden veröffentlicht worden. Von amtlicher Seite wird hierzu folgendes ausgeführt:

Das Finanzausgleichsgesetz in seiner Bekanntmachung vom 28. Juni 1923 und die Bestimmungen der dritten Steuerverordnung treten mit dem 1. März 1925 außer Kraft. Die Grundgedanken des Finanzausgleiches zwischen Reich, Ländern und Gemeinden, wie er aus der Reformgesetzgebung von 1919–20 hervorging, sind, haben sie als richtig bewahrt. Der Plan dieses Finanzausgleiches ist ja auch nicht erst nach dem Kriege und auch nicht etwa erst als eine Folgerung entstanden, die aus dem verlorenen Kriege und der Staatsumwandlung gezogen worden ist. Die Hauptzüge des Finanzausgleiches des Kaiserreiches lagen vielmehr schon vor dem Kriege klar zu Tage. Der wesentliche Unterschied des heutigen Finanzausgleiches gegenüber dem Vorkriegsfinanzausgleich liegt darin, daß heute das Reich Träger eines eigenen Steuersystems ist, während dagegen die Länderstaaten Träger von einander verschiedener Steuersysteme waren. Dieser Unterschied ist von entscheidender politischer und wirtschaftlicher Bedeutung. Das wesentliche des vorliegenden Entwurfs ist, daß er das gesetzliche Finanzausgleichssystem aufrechterhält.

Der Entwurf bringt Änderungen der bisherigen Ordnung nach folgenden Richtungen:

1. Die dritte Steuerverordnung hat das Reich auf 10 Prozent des Aufkommens aus der Einkommensteuer und Körperverfassungssteuer verändert. Das Reich erhöht diesen Anteil auf 25 Prozent des Aufkommens. Als Ausgleich für die um 15 Prozent gesteigerte Beteiligung der Länder an der Einkommensteuer und der Körperverfassungssteuer gewährt der Entwurf ihnen im Rechnungsjahr 1925 eine Beteiligung an der Umlaufsteuer von 30 Prozent des Aufkommens. Von 1. April 1926 ab sollen die Länder wie bisher 20 Prozent des Umlaufsteuerkommens erhalten. Unter Zugrundeliegung der Anteilsverhältnisse der dritten Steuerverordnungsmasse rücken auf die Länder an Ueberweisungen aus dem Einkommensteuerkommens, Körperverfassungssteuerkommens und Umlaufsteuerkommens im Rechnungsjahr 1925 Abgrenzungen von 200 Millionen Mark entfallen. In dem Entwurf werden es Abgrenzungen wie 1920 200 Millionen Mark sein.

Unter Zurückstellung schwerer finanzieller und verschiedener politischer Bedenken nimmt der Entwurf vom 1. April 1925 ab ein Auschlagsrecht der Länder und Gemeinden zur Einkommensteuer und zur Körperverfassungssteuer in Ansicht. Diese Bedenken bestehen hauptsächlich darin, daß das Reich sich durch die Gewährung des Auschlagsrechts der Verantwortung für die Anpassung der beiden wichtigen Steuern weitgehend unglücklich mache. Die Bedenken wiesen ebenso schwer als der finanzpolitische Zweck, dem das Auschlagsrecht dienen soll, denn der Grundgedanke des Auschlagsrechts ist gerade, daß Länder und Gemeinden für die Massen der steuerlichen Anspannungen verantwortlich seien. Sie sollen diese Anspannungen mit ihrem Bedarf in Einklang bringen. Bei der Festsetzung einer Höchstgrenze für die Zuschläge fällt der Auschlagsgedanke daher in sich zusammen. Von politischen Geschäftspunkten abgesehen, würde sich die Einführung des Auschlagsrechts in finanzpolitischer Sinne in der Wirtschaftlichkeit der Länder- und Gemeindeverwaltungen auswirken. So dann steht das Auschlagsrecht das örtliche Steuerauskommen dem örtlichen Bedarfsverhältnis an und führt dadurch einen besseren Ausgleich herbei.

2. Die im Entwurf enthaltenen Bestimmungen zur Anerkennung der Vorleistungen über den Geldentwertungsausgleich bei bebauten Grundstücken (Hauszinssteuer) sollen den Ländern das Auskommen aus dieser Steuerquelle, auf das sie unbedingt angewiesen sind, sichern und extraordinaire gestalten. Der Entwurf hebt die für die Steuer bisher vorliegende Befristung der Gelösungsdauer auf, ohne damit der Frist vorzutreten, in welcher Form die Besteuerung endgültig aufrechterhalten werden soll. Am übrigen enthält er drei wesentliche Änderungen. Er sieht neben der Höchstgrenze von 10 Prozent der Friedenssumme eine Höchstgrenze von 10 Prozent der Friedenssumme für den Teil der Hauszinssteuer vor, der zur Förderung der Neuhausbaupolitik zu verwenden ist, um nicht die Mittel, die die Gemeinden für die Staatswirtschaft von Reich, Ländern und Gemeinden tragen sollen, für einen wenn auch wichtigen Sonderzweck zu stark zu verkürzen. Er sieht ferner für die Realteilung der vollen Friedenssumme in allen Ländern einen festen Termin für den 1. April 1926 fest, damit die Länder auskönnen Spielraum für die Benutzung der Hauszinssteuer erhalten.

Jn Zukunft soll der Grundstückseigentümer für sein Eigentum wie ein Hypothekengläubiger behandelt und ihm hierfür die nach den allgemeinen Grundsätzen über die Aufwertung einem Hypothekengläubiger aufsteigende Bezahlung gewährt werden. Daneben bleiben die Sonderverträge für die Grundstücke, die am 1. Juni 1914 ausbelastet oder nur bis zu 20 v. H. des Gesamtwertes belastet waren, bestehen.

## Die Erhöhung der Bier- und Tabaksteuer.

hat sich angesichts des dringenden Finanzbedarfs des Reichs als notwendig erwiesen. Wenn auch die Einnahmen des Reichs im Laufe des Rechnungsjahrs 1924 sich günstig entwickelt haben, und für die nächsten Monate noch mit den Bedarf deckenden Steuereingängen gerechnet werden kann, so darf daraus nicht der Schluß gezogen werden, daß die Finanzlage als gefährdet zu betrachten sei. Berechnungen, die im Reichsfinanzministerium aufgestellt worden sind, lassen vielmehr klar erkennen, daß, wenn nicht schon früher, so jedenfalls im Rechnungsjahr 1925 selbst bei äußerster Drosselung der Ausgaben eine Balancierung des Haushalts mit den jüngsten Einnahmen nicht möglich sein wird. Die Schwierigkeiten aber wachsen von Jahr zu Jahr und können nur beseitigt werden, wenn die Einnahmequellen des Reiches restlos ausgeschöpft werden. Die Steuerneueren bieten hierzu ein geeignetes Objekt nicht mehr, und zwar umso weniger, nachdem es erforderlich geworden ist, aus der hier aus Notverhältnissen erwachsenen Überspannung der steuerlichen Belastung herauszukommen. Es bleibt nur übrig, auf die in den Verbrauchssteuern liegenden Reserven zurückzugreifen. Aber auch hier sind Grenzen gezogen, insoweit als die Reichsregierung es nicht für angängig erachtet kann, den notwendigen Verbrauch (z. B. Salz, Zucker) einer Überbelastung zu unterwerfen, ganz abgesehen davon, daß sehr erhebliche Mehreinnahmen aus diesen Quellen nicht zu erwarten sind. Dagegen scheint zur Deckung des Finanzbedarfs die steuerliche Heranziehung des Verbrauchs von Genussmittel: Bier und Tabak, die nach dem auch vom Reichstag anerkannten Begriffsunterteilung zum entbehlidlichen Verbrauch zu rechnen sind, vertretbar und geeignet. Mehrereinnahmen in dem erforderlichen Ausmaße zu schaffen. (2)

Der Entwurf sieht für Bier eine Verdopplung der Steuersäfe vor. Für Tabak sollen die Steuersäfe bei Biermarken und Preisabfall von 20 v. H. auf 25 v. H. des Kleinverkaufspreises, bei Zigaretten und feingeschnittenem Rauchtabak von 40 v. H. auf 50 v. H. des Kleinverkaufs-

preises, bei Rauchtabak von 5 v. H. auf 10 v. H. des Kleinverkaufspreises, bei Schnupftabak von 10 v. H. auf 15 v. H. des Kleinverkaufspreises herausgelegt werden. Daneben wird, um den Zollschutz für den im Ausland gebauten Tabak zu verstärken, eine Erhöhung des zurzeit für unbearbeitete Tabatblätter geltenden Zollzuges von 30 auf 80 Reichsmark vorgeschlagen.

Außerdem enthält der Entwurf neben formalen Änderungen noch Vorschriften über die Zahlungsstrafe, die steuerliche Behandlung der Bierwirtschaft, den Haushalt bei der Biersteuer, über die Großstoff- und Zehlungen-Abgabe, den Kleinsteuerabfall bei der Tabaksteuer sowie für beide Verbrauchssteuern Änderungen von Strafvorwürfen und Vorschriften über Nachversteuerung und Nachverzollung.



Herrige Erdbeben in Europa.

Der durch die türkisch in Unna ausgetretenen Erdbeben vernichtete Dom in Erlo.

## Von der Leipziger Messe.

Leipzig. Gestern am zweiten Messe-Tag war der Besuch weiterhin außerordentlich stark. Schätzungsweise hat die Besichtigung an den beiden ersten Messe-Tagen dieser Frühjahrsmesse die Frequenz der entsprechenden Tage der vorjährigen Frühjahrsmesse um rund 1/2 übertroffen.

Über das Gehäuft auf der allgemeinen Mustermesse läßt sich noch kein abschließendes Urteil abgeben. Die Nötketten in allen Branchen sind so reichhaltig, daß selbsterfahrene Fachleute von der Überfülle des Angeboten überdrückt sind und daher ihre Auswahl erst nach eingehender Prüfung der Qualitäten und Preise zu treffen imstande sind.

Die technische Messe zeigt von Seiten der Fachleute und ernstlichen Messleitern denselben starken Beifall auf, wie eben am Messeontag. Besonders hervorzuheben ist das starke Interesse für Werkzeugmaschinen zu Metall- und Holzarbeit in der neuerrichteten Werkzeugmaschinenhalle 9. Auch erfreuen sich alle Anlagen einer rationalen Heizungs- und Kühlungsverwertungstechnik auf der Wärmetausche und Brautlenkschaltung der ernsthaftesten Beachtung von Seiten industrieller Fachleute.

Schon aufgefallen ist auch die Baumesse, wo besonders starke Nachfrage nach sofort greifbaren Baustoffen und Installationsartikeln besteht.

## Reichswirtschaftsminister Dr. Neuhäusser

überliefert dem Reichstag folgendes Telegramm: Zu meinem lebhaften Bedauern am verhängnisigen Ereignisse verhindert, wünsche ich der Leipziger Frühjahrsmesse den ewigen Beitrag zur Entwicklung der deutschen Wirtschaft und zur Förderung der Wirtschaftsbeziehungen zum Ausland.

## Die diplomatischen Sondierungen Deutschlands.

Berlin, 3. März. Von unterrichteter Seite erfahren wir, daß die Reichsregierung seit etwa drei bis vier Wochen in ständigen diplomatischen informellen Unterhandlungen mit allen beteiligten ausländischen Regierungen steht, um in der Sicherheitsfrage die Bereitswilligkeit Deutschlands zur Mitwirkung an der Lösung des Friedensproblems zum Ausdruck zu bringen. Es muß jedoch gegenüber den französischen Behauptungen, daß die deutsche Regierung am 20. Februar, also vor zehn Tagen, eine offizielle Note an die Entente gegangen sei, darauf festgehalten werden, daß von deutscher Seite keinerlei Angebote gemacht worden sind. Eine Note ist an keine der beteiligten Regierungen gerichtet worden. Dagegen erfahren wir von anderer Seite gut informierter Seite, daß um diesen Zeitpunkt herum von einer der alliierten Regierungen eine Anfrage an das deutsche Kabinett gerichtet worden ist, deren Beantwortung aber zur Zeit noch aussteht.

## Feststellung der Geschäftshand Deutschlands.

\* Berlin. Aus New York wird gemeldet: Der Präsident des amerikanischen Handelskongresses Owen hielt gestern in Newark im Staate New-Jersey eine Rede, in der er den Präsidenten Coolidge einlud, eine internationale Konferenz einzuberufen, um die endgültige deutsche Reparationsforderung festzustellen und um die Kriegsschuldenfrage zu lösen. Deutschland werde erst bezahlen können, wenn es genau wisse, welchen Betrag es leisten muß. Der Verfaßter Wertung solle aber in verschiedenen Punkten abgeändert werden, damit Deutschland in die Lage versetzt werde, mit den anderen Ländern zu konkurrieren. Gleichzeitig solle Frankreich gegen jeden Angriff von Deutschland geschützt werden. Wenn von Deutschland ungeheure Summen gefordert würden, würde seine Zahlungsfähigkeit geschwächt werden.

## Das slowenische Schulwesen in Kärnten.

Die plötzliche, in dieser Form selbst in Europa der Nachkriegszeit ungewöhnliche Schließung aller deutschen Mittelschulen in Südtirolen im Auftakt an den zweitwaltbaren Wahltag der Politischen Regierung ist durch Südtirolen als ein Pressesymbol gegenüber Österreich begründet worden, weil angeblich der Stand des slowenischen Schulwesens in Kärnten unbefriedigend sei. Diese erstaunliche Auffassung kann, wie der Landeshauptmann von Kärnten, Schubert, bekannt gibt, nur auf eine gewisse urprüngliche Darstellung unverantwortlicher Kreise zurückzuführen sein, denn das jugoslawische Konsulat in Klagenfurt hätte reichlich Gelegenheit gehabt, sich davon zu überzeugen, daß die slowenische Bevölkerung in Kärnten bezüglich des Schulwesens nicht lediglich den durch den Friedensvertrag von St. Germain gewährleisteten Minderheitenzuzug, vielmehr genannte gleichen rechtmäßigen Gelege geniebt, wie die Deutschen, so hinsichtlich Anhörung der Eltern, Beslebungsweise gleichlicher Vertreter der Schulkinder wegen der Unterrichtssprache, Wortsagerechts der Ortsgruppenbehörde.

Bei Bekanntung von Lehrstellen, gleichgültig ob die Mehrheit Slowenen oder Deutsche sind nun. Allerdings können der politischen Partei der nationalen Slowenen in Kärnten als solcher die geforderten Vorrechte bei Bestimmung der Unterrichtssprache, Feststellung des Lehrplans und Verteilung von nur ihr genehmten Lehrversionen, Rechte, welche die Deutschen nicht genießen, nicht eingeräumt werden, weil dies den bestehenden allgemeinen geleglichen Vorrechten widersprechen würde. Die immer wiederkehrenden Klagen über die Unterdrückung des slowenischen Schulwesens in Kärnten sind vor allem auf die Nichteinräumung solcher beanspruchten Vorrechte zurückzuführen. Da die Lage des slowenischen Schulwesens in Kärnten ebenso wenig der Grund für die Unterdrückung der deutschen Mittelschulen in Südtirolen ist, wie der Kontrollbericht der Grund für den Südtiroler Vertragsschluß, so werden die Darlegungen des Kärntner Landeshauptmanns praktisch wohl ohne Wirkung bleiben.

## Sächsische Beamtenpolitik.

Dresden. Der demokratische Landtagsabgeordnete Oskar Günther-Blauen veröffentlicht in den demokratischen Blättern einen Artikel über die Beamtenpolitik der sächsischen Regierung. Er sagt darin, daß man diese Politik in den Kreisen der Beamtenchaft mit großer Begeisterung verfolge und daß auch die Deutsche Demokratische Partei diese Begeisterung teile. Schon während der Zeit der Volkskammer habe keinerlei Meinungsverschiedenheit darüber bestanden, daß die Demokratisierung der Verwaltung in Reich und Staat nur unter der Voraussetzung durchgeführt werden könne, daß für die Belebung der Staatsämter die entsprechende Vorbildung und die Treue zur republikanischen Staatsverfassung die Voranstellungen seien undbleibten müßten, wie das auch vom Bernhardi-Komitee mit gutem Recht gefordert worden sei. Leider sei man von anderen Wege gegangen. „Es liegt aber“, so führt Günther fort, „in keiner Weise im allgemeinen Interesse — man möge sagen was man wolle — Personen in die Staatsämter zu berufen (z. B. zum Amts- oder Kreishauptmann, Regierungsrat usw.), die nicht die entsprechende Vorbildung auszuüben haben... Man sollte auch den Schein einer Guttermünderwirtschaft meiden, man sollte bei der Belebung der Staatsämter nur fachlich vorgebildete Personen berücksichtigen. Eine Notwendigkeit, von diesen Grundlinien abzuwandern, könne nur in ganz besonderen Ausnahmefällen anerkannt werden, z. B. für Fälle, in denen es unter den Beamten an geeigneten Anwärtern für freie Stellen in der Staatsverwaltung fehlt. Ein solcher Monat besteht z. B. auf keinen Fall. Wird sich eine Ausnahme gemacht, dann darf nur auf Lente zugelassen werden, deren besonders hervorragende Eignung unter allem Zweifel steht. Es muß sich um Männer von besonderem Format handeln, die getragen sind vom Vertrauen der geliebten Beamtenchaft, um Männer, deren Verdienst im Staatsdienste von der Beamtenchaft mit Freuden begrüßt wird.... Die z. B. übliche Geplagenheit, die Spitzenstellen in einem erheblichen Prozentus mit früheren Ministern, Parteijunktionären, mandatlos gewordenen Parteiangehörigen, die den freien Berufen angehört haben, zu belegen, muß zu einer Diensterverzerrung führen, die auf die Arbeitsförderung gerade der höchsten unserer Beamten, die freien am Boden der Verfassung stehen, in hohem Maße läßt. Dies zu verhindern, liegt im ureigenen Interesse der Republik und es ist deshalb das Gebot der Szene, einen Wandel in der Personalpolitik einzutreten zu lassen.“

## Die sächsische Industrie und die Regierungskommissionare.

Dresden. In seiner Sitzung vom 26. Februar beschäftigte sich, wie wir aus einer ausgewählten in dem Organ des Verbandes Sachsischer Industrieller veröffentlichten Erklärung entnehmen, der Generalvertreter des Verbandes Sachsischer Industrieller n. a. auch mit der Erklärung, die in der Landtagsitzung vom 19. Februar seitens des Regierungsvorwalters vor die gegenwärtige Tätigkeit der genannten Regierungskommissionare abgegeben werden ist. Der Generalvertreter des Verbandes wollte sich hierbei auf den Standpunkt, daß durch die Erklärung der Regierung die Bedenken gegen die Weiterverwendung der ehemaligen Regierungskommissionare im staatlichen Dienst nicht behoben werden sind. Nach Ansicht des Generalvertreters muß vielleicht noch wie vor bestoßen werden, daß eckens einmal genugende Organe vorhanden sind, die bei den Sicherheitspolizei, Landesinformationsamt sowie für wirtschaftliche Fragen die Verwaltungsbehörden, um die Regierung über die Fragen, die die Regierungskommissionare nach ihrer Dienstzeit bearbeiten wollen, zu unterrichten, so daß es ihnen vom Standpunkt der Sparmaßnahmen aus nicht zu verantworten ist, diese seineszeit lediglich aus parteipolitischen Rücksichten eingesetzten Beamten ohne Grund weiter von Staatswegen zu befehlen. Des weiteren ist nach Ansicht des Generalvertreters aber auch nach den Erfahrungen, die früher schon mit den Regierungskommissionaren gemacht worden sind und über die der Verband Sachsischer Industrieller in Hett. 31 seiner Veröffentlichungen eingehendes Material beigebracht hat, mit einer überparteilichen Begeisterung dieser Kommissionare nicht zu rechnen, da diese Beamten im wesentlichen nur in der Lage sind, sich auf ihre Parteidienstwohnung und auf die Arbeiterversprechungen zu stützen. Besonders bedenklich ist bei den Ausläufern des Regierungsvorwalters noch die Tatsache, daß es dem Generalkommissar nicht möglich ist, die Berichte der Beamten, die ihm unterstellt sind, zu übersehen, die überlassen bleiben soll, die genannten Beamten zu bevormächtigen, ihre Berichte als Beauftragter der Behörde zu zeichnen und sie in dieser Eigenschaft direkt dem Ministerium einzutragen.

Hierzu kommt noch, daß das Ministerium selbst jederzeit in die Lage ist, Verordnungen erlassend, die dem Generalkommissar nicht zu unterstellen sind, die ausgewählten Beamten ohne Grund weiter von Staatswegen zu befehlen. Des weiteren ist nach Ansicht des Generalvertreters des Verbandes Sachsischer Industrieller steht aus allen diesen Gründen auf dem Standpunkt, daß er auch nach Kenntnisnahme von der am 19. Februar 1920 im Landtag abgegebenen Erklärung auf seiner früher eroberten Position befehlen muß, daß die ehemaligen Regierungskommissionare aus dem Staatsdienst schnellstens wieder zu entfernen sind.

An der Spitze stehen  
**Krügerol-Katarrh-Bonbons**  
mit dem anhaltend wirkenden Zusatz.

## Politische Tagesübersicht.

**Botschafter u. Hochs.** gestern vormittag den Ministerpräsidenten Herrn aus und sprach ihm seinen Dank für die Beileidbezeugung des Präsidenten der Republik und der französischen Regierung aus. Der Botschafter unterhielt sich dann mit dem Ministerpräsidenten über die gegenwärtig schwierigen Fragen.

**Internationale Hüttenarbeiterkonferenz.** Blättermeldungen aus Köln zu folge fand am Sonntag und Montag in Köln eine Internationale Hüttenarbeiterkonferenz statt, auf der 14 Länder durch 128 Delegierte vertreten waren. Zur Frage des Arbeitstages wurde eine Entscheidung angenommen, in welcher die schlechte Zustandierung des Washingtoner Abkommens von allen Ländern gefordert wird, in denen sie noch nicht erfolgt ist. Die Wiedereinführung des 8-Stundentages in Deutschland lediglich für Hochöfen und Kokereiarbeiter sei ungerechtfertigt und keine Lösung des Arbeitszeitproblems.

**Die Deutschen gegen Seering.** Der Vorstand der deutschnationalen Landtagsfraktion beschäftigt sich am Montag abend mit dem neuen Vorschlag des preußischen Ministerpräsidenten Marx über eine Regierungsbildung in Preußen auf breiter Grundlage. Man war sich darin einig, daß man ein Kabinett mit dem Minister Seering nicht billigen könne, da man vielmehr in dem seinerzeit in dem Antwortschreiben auf die Anregung zur Bildung eines Kabinetts der Volkgemeinschaft niedergelegten Standpunkt festhalten werde.

**Die Mitglieder des Memeler Hosenrates.** Der Norwegier Nielstorp, der Präsident der Hafendirktion des Völkerbundrates als Mitglied des Hosenrates von Memel auseinander. Die beiden anderen Mitglieder des Memeler Hosenrates werden von der litauischen Regierung und von dem Memeler Direktoriun ernannt.

**Chamberlain gegen einen Wechsel im Vorstand der Saar-Kommission.** Chamberlain wurde heute im Unterhaus gefragt, ob er auf der Volksabstimmung für einen neutralen Vorstand der Saar-Kommission anstelle des französischen Rault eintreten werde. Er entgegnete, daß er unter den heutigen Verhältnissen im Interesse aller Beteiligten gegen einen Wechsel im Vorstand der Saar-Kommission sei. Er hat das Unterhaus, die britischen Vertreter bei internationalem Konferenzen nicht durch irgendwelche Zusagen oder öffentliche Mitteilungen zu binden. Es sei notwendig, daß die britischen Vertreter unbeeinflußt an ihre Aufgaben gingen, da ihre Festlegung an bestimmte Richtlinien die Verständigung mit den übrigen Mächten erschweren oder unmöglich machen würde.

**Die Erfahrung Mussolinis.** Den Morgenblättern teilte die italienische Botschaft mit, daß die Erfahrung Mussolinis nicht so ernst ist, wie daß in der Presse verbreitet worden ist. Der Duke befindet sich in voller Genesung. Er empfängt ständig die Besuche des Ministers des Innern, des Präsidenten des Senats und anderer Mitglieder der Regierung.

**Kommunistenverhaftungen in Prag.** Der "Rosa-Lanzen-Geber" meldet aus Prag: Gestern fand eine Versammlung der Prager Kreisorganisation statt, an der im Auftrage der kommunistischen Internationale auch mehrere ausländische Kommunisten teilnahmen. Die Polizei erfuhr von der Wesentlichkeit der unerwünschten Ausländer und nahm sie nach der Sichtung fest. Außer einem Franzosen und einem Österreicher sind zwei Berliner Kommunisten, der Abg. Dr. Rosenberg und Dr. Glaubtau verhaftet und nach kurzer Zeit über die Grenze abgeschoben worden.

**Arbeiterausprierungen.** Wie die Börsenzeitung meldet, hat der Verband der Metallindustrie in Kassel und benachbarten Industriebezirken beschlossen, vom 14. d. M. ab sämtliche Arbeiter auszuprieren, da die Arbeiterschaft der Aktiengesellschaft Hahn ohne Verhandlungen die Arbeit niedergelegt hat.

**Dr. Edener's Rückkehr nach Berlin.** Aus Wien wird gemeldet: Gestern nachmittag 4.10 Uhr ist Dr. Edener wieder nach Berlin abgereist. Er hat mit Rücksicht auf das Ableben des Reichspräsidenten sein Reiseziel geändert. Er wollte ursprünglich nach Schweden, begibt sich zunächst aber nach Berlin, wo er sich einige Tage aufzuhalten wird. Er wird dann dem Nachriss des Reichspräsidenten bewohnen und dann sofort nach Stockholm reisen, wo er mehrere Vorträge über seinen Ozeanflug halten wird.

**Die schwedische Heeresvorlage.** Die Regierung hat dem Reichstag die Verteidigungs vorlage übergeben. Das Heer wird stark eingekürzt. Die Marine bleibt unverändert, bis der Plan für eine neue Marinieordnung ausgearbeitet ist. Die militärischen Ausgaben Schwedens sollen auf jährlich 106 Millionen Kronen gegen 138 Millionen Kronen im letzten Jahre verminder werden.

## Die Kreditgeschäfte der preußischen Landesbauaufsicht.

**Ausland.** Im Untersuchungsausschuß des preußischen Landtags für die Kreditgeschäfte der Landesbauaufsicht verfaßte der Vorliegende ein Schreiben der Holländischen Grundkreditanstalt, in dem sich die Direction der Bank gegen den Vorwurf übertriebener Provisionssforderungen wendet. Darauf erklärte von Eydorff, Dr. Kann habe die Auszahlung der Provision mit der Drohung erzwungen, er würde sonst bei seinem Vater unter Guvhaben sperren lassen. Zeuge von Karlowitz erklärte, auch er habe Beiträge für persönliche Zwecke erhalten. Wie viel er dazu aber bekommen habe, könne er im Augenblick nicht sagen. Er habe dem Betrag, den er erhalten habe, in keinem Gut gestellt. Ob Geheimrat Rehring das gewußt habe, wisse er nicht. Er (Karlowitz) habe sich für das Geld eine Bremserei gekauft und notwendige Reparaturen auf seinem Gut damit bezahlt. Die Bremserei habe ungefähr 74.000 Mark kostet. Der Kredit sei von Rehring ihm und den anderen persönlich gegeben worden. Darauf erklärte Director Lüders, die drei Herren hätten ihm niemals gesagt, daß sie Geld für ihre persönlichen Bedürfnisse hätten verwenden wollen. Er habe die drei Herren für vertrauenswürdig halten müssen. Das von Karlowitz damals 70.000 Mark Schulden gehabt habe, sei ihm unbekannt gewesen. Darauf erklärte von Böckwitz, von der Sagungswidrigkeit des ganzen Geschäfts habe er zunächst nichts gewußt. Schließlich erklärte von Böckwitz, von Karlowitz und von Eydorff übereinstimmb, daß den Directoren Rehring und Lüders kein periodischer Vorteil aus dem Grundstücksgeschäft gezahlt oder zugesichert worden sei.

Die Verhandlungen sollen am Dienstag nachmittag 3 Uhr fortgesetzt werden.

## Verschwundene Reparationen.

**Berlin.** Nach dem Versailler Diktat sind die Größe des im Feindesland liquidierten deutschen Privatvermögens laufend dem Reparationsamt Deutschlands aufzuschreiben. Das wertvollste dieser Objekte, die lothringische Schwerindustrie, hätte hierzu einen besonders hohen Beitrag liefern müssen. Die "Tägliche Rundschau" veröffentlicht eine Berechnung, wonach dieses Objekt bei einem Friedenswert von 1,4 Milliarden Goldmark für ganze 420 Millionen Goldmark an die französische Schwerindustrie verbleibbar worden ist. Die Guischtziffer,

die die französische Regierung für dieses Objekt bis jetzt mitgeteilt hat, sind noch weit erstaunlicher. Sie enthalten weder eine Bezeichnung des liquidierten Wertes, noch ein Datum der Guischtziffer und belaufen sich auf den lächerlichen Betrag von 4 Millionen Papiermarken (höchstens 1,5 Millionen Goldmarken). Die französische Regierung hat also bis jetzt Guischtziffern über etwa ein Tausendstel des Wertes der lothringischen Schwerindustrie möglicherweise vollzogen.

## Amerika und der Nachfolger des verstorbenen Reichspräsidenten.

**New York.** Die New Yorker Abendblätter beschäftigen sich eingehend mit der Frage, wer der Nachfolger Eberts sein wird. Fast alle Blätter sind sich darüber einig, daß Reichskanzler Dr. Luther oder der preußische Ministerpräsident Marx als aussichtsreichste Kandidaten aufgestellt werden. Man ist sich darüber einig, daß die republikanische Staatsform in Deutschland soweit gefestigt ist, daß eine Kandidatur des ehemaligen Kronprinzen oder eine Wiederaufrichtung der Monarchie überhaupt nicht in Frage kommt. Der Tod des Reichspräsidenten Ebert habe keine Erschütterung der politischen Lage Deutschlands im Gefolge. Von verschiedenen Seiten wird hervorgehoben, daß Reichskanzler Dr. Luther über arbeitsdienstliche Fähigkeiten verfüge, und daß Deutschland ihm seine Stellung aus dem vorigen wirtschaftlichen und finanziellen Aufbruch zurück zu verbanen habe. War versucht einige Zeitblätter, darauf hinzuweisen, daß das rechtsgerichtete Reichskabinett eine Fazit für die Alliierten bedeute, jedoch glaubt der überwiegende Teil der amerikanischen Presse, daß Deutschland das Dawes-Abkommen erfüllen werde.

## Das Schicksal des Magdeburger Prozesses.

**Berlin.** Durch den Tod des Reichspräsidenten wird die Rechts- und Prozeßlage im Magdeburger Prozeß nicht wesentlich verändert, da es sich um eine öffentliche Angelegenheit handelt. Berufung ist von allen Prozeßbeteiligten, der Staatsanwaltschaft, dem Nebenkläger und dem Angeklagten eingezogen. Daher nimmt das Verfahren seinen Fortgang. Lediglich der Nebenkläger scheidet aus, da nach Paragraph 42 der St.-P.-V. die Anschlußklärung durch den Nebenkläger seine Wirkung verliert. Intogedessen besteht auch keine Möglichkeit, daß den verstorbenen Reichspräsidenten juristische Vertreter an Gerichtsstelle erscheinen, vielmehr liegt die Vertretung Eberts nunmehr lediglich beim Vertreter der Anklage. Entgegen der Mitteilung des Oberstaatsanwaltes hören wir, daß die zuständige Kammer sich gegenwärtig noch mit der Frage beschäftigt, ob nicht der Prozeß nochmehr mindestens durch den Tod des Nebenklägers eine nicht unbedeutende Veränderung eingetreten ist, auf einige Zeit vertagt werden kann.

## Gartenbauverband für Sachsen.

**Dresden.** Die 39. Hauptversammlung des Gartenbauverbands für Sachsen e. G. fand am 23. Februar im Italienischen Dörfchen in Dresden statt. Der Vorstande Heinrich Seidel begrüßte die Vertreter der angeschlossenen Vereine, die als Gäste erschienenen Berufsgenossen und insbesondere die Vertreter von Behörden, Körperschaften und zweckverwandten Vereinigungen. Von Wirtschaftsministerium war Ministerialrat Prof. Dr. v. Wendt, vom Landeskulturrat Vandweit, vom Ausschuß für Gartenbau Detmold, vom Landesamt Simmern und der Geschäftsführer Walter Dänhardt, vom Verband Sachsen des Bundes deutscher Baumwuchslehrer Paul Hauber und vom Landesverband Sachsen für Obst und Weinbau Forstmeister Timann erschienen. Nach Bekanntgabe von Mitteilungen und Eingängen erstattete der Schriftführer Haubold den Jahresbericht. Hierbei wurde auch das langjährigen Leiters der Gartenbauschule, des Direktors Tamms, gedacht, der am 1. Oktober 1924 in den Ruhestand getreten ist. Der Schatzmeister Quanz berichtete über die Kassenverhältnisse. Die Vorstandsmitglieder Wokdorf, v. Uslar, Schrödau und Haubold wurden wieder gewählt und Garteninspektor Knie neu hinzugewählt. Für eine Sommertagung lagen zwei Einladungen, nach Glashau und Baunberg, vor. Es wurde beschlossen, die Sommertagung im Juli in Glashau abzuhalten und durch zahlreichen Besuch der geplanten Ausstellung vom 12. bis 15. September in Baunberg der Einladung nach Baunberg zu entsprechen. Eine Anregung des Schatzmeisters Quanz, Mittel zu beschaffen, um eine Freifläche an der Billmühle Staatslehranstalt zu ermöglichen, fand Beifall. Dekonominrat Schindler dankte für die verschiedenen Zuwendungen, die die Anstalt in letzter Zeit vom Gartenbauverband erhalten hat, und begrüßte die Anregung, bedeutigen Schülern eine wirtschaftliche Beihilfe zu gewähren. Geschäftsführer Dänhardt sprach über den neuen Gewerbesteuergesetzentwurf, der zwar den Gartenbau von der Gewerbesteuer ausnehmen will, aber nicht die Kunst- und Handelsgärtnerei. Er erläuterte, aus welchen Gründen der Gartenbau in seinem ganzen Umfang nicht gewerbesteuergünstig sein könnte, und forderte bei dieser Gelegenheit wiederholt auf, den irreführenden Ausdruck Kunst- und Handelsgärtnerei nun endlich fallen zu lassen und durch die Bezeichnung Gartenbaudirektion, Gewerbegärtnerei, Baumwuchs oder dergleichen zu ersetzen. Die Versammlung stimmte diesen Ausführungen zu und nahm hierzu einstimmig eine entsprechende Entschließung an.

**Die Economat-Simmen.** Simmen berichtet ausführlich über den Stand der Vorarbeiten für die Jubiläums-Gartenbauausstellung Dresden 1926. An Hand von Plänen erläuterte er das Gelände und gab die Einzelheiten bekannt, die sich seit der Sommertagung 1924 des Gartenbauverbandes, auf der er über den damaligen Sachstand berichtete, zugetragen haben. Geschäftsführer Dänhardt erläuterte sodann die vom Wirtschaftsministerium angeordnete Gürtelreise 1926 am 19. Mai 1926, berichtete über den Hauptinhalt des Fragebogens, der im Vergleich zu dem von 1911 wesentlich vereinfacht worden ist, und bat um möglichst präzise Beantwortung der gestellten Fragen, da es im Interesse des ganzen Berufs liege, ein möglichst richtiges Bild der heutigen Verhältnisse im sächsischen Gartenbau zu gewinnen.

**Der Vorliegende** schloß die Verhandlungen mit dem Wunsch für ein erfolgreiches neues Jahr für den heimischen Gartenbau. Es folgten Filmvorführungen aus einer Erfurter Großgärtnerei mit Samenbau und Baumwuchsbetrieb und ein Film, der das Erblühen der Victoria regia veranschaulichte.

## Messungen der metr. Station 421.

(Oberrealschule Bielefeld).

25., 26., 27., 28. Februar 1925	kein Niederdruck.
1. März 1925	6,6 mm.
2. März 1925:	6,6 mm.
3. März 1925:	6,6 mm.

Niederdragsmenge im Februar 1925: 21,4 mm.  
seit 1. Januar 1925: 61,8 mm.

## Gerichtsjahr.

**Dresden.** Der falsche Gerichtsmediziner. Eine Korrespondenz schreibt unter Übernahme der vollen Verantwortlichkeit folgendes: Seit längerer Zeit holte ich im Landgericht am Rücker Platz ein jüngerer schlauer Mann herum, der überall als der Herr Doktor bekannt war und auch dementsprechend titulierte und behandelt wurde, zumal er im Beside eines vom Oberstaatsanwalt Dr. Selle eigenhändig unterschriebenen Ausweises war, demzufolge er allen möglichen Verhandlungen zum Zwecke des Studiums der Gerichtsmedizin beymohnen konnte. Der Ausweis lautete auf Dr. phil. und Dr. med. Willy Ritter, man mußte demnach annehmen, daß man es mit einem jungen, bereits sehr weit gekommenen Akademiker zu tun hatte. Nach seiner Studienzeit bestand er in der Regel als Doktor der Medizin und Dr. phil. und Dr. med. als ein Assistent des bekannten Leipziger Universitätsprofessors Dr. Koch und anderer dergleichen Professoritäten. Außer dem Ausweis des Dresdner Oberstaatsanwalts — der echt war — zeigte dieser angebliche Gerichtsmediziner auch andere offensichtliche Ausweise der Leipziger Universität, u. v. er trug auch Ordensschulden, so daß man annehmen mußte, er sei Inhaber des Ritterkreuzes, des Eisernen Kreuzes und anderer Kriegsauszeichnungen. Im Dresdner Kriminalgericht, wo der Dr. phil. und Dr. med. tagt, täglich veruntersuchte, zufolge des erzielten Ausweises des Oberstaatsanwalts Dr. Selle auch den jeweils angezeigten geheimen Verhandlungen beymohnen und eine Abteilung mit ärztlichen Instrumenten trug, nahm er auch verschiedene Art der Frauen und Mädchen an, sofern einmal ein Obduktionsfall zu verzeihen war. Hilfsberater befürchtete er die Brust oder zählte die Fußblätter und beauftragte in solchen Fällen die dienstabenden Gerichtsbeamten, daß den ohnmächtigen Personen ein Glas Wasser zu reichen sei. Weiterhin erzählte der angebliche Gerichtsmediziner, er könne in die Gerichtsräume Einsicht nehmen und schließlich auch, aufgrund des erzielten persönlichen Ausweises an einige gebürtige Spuren im Saarmann-Prozeß teilgenommen zu haben. In den letzten Wochen begannen Fälle um seinen Dr. phil. und Dr. med. Ritter, sondern um einen niederrangigen Schwundler gleichen Namens gehandelt, der vermutlich von Großmanns Sohn bestochen war, so daß dieser gleichzeitig von diesem aus dem Amt entlassen wurde. Gegen das offizielle Amt wurde die Anklage erhoben, daß auf betruglicher Weise diese Titel angelegt bat. Es ist ein 1900 geborener Drogist Willy Ritter, der in Dresden auf der Raulbachstraße 10 bei seiner Mutter wohnt und der sich lediglich einmal versucht hat, der Tierarzneiherstellung zu widmen, wobei er sich selbst als "von Ritter" bezeichnet haben soll. Vor etwa zwei Jahren markierte er den Offizier, ließ mit Schleppföhlern herum und suchte so bei jungen Mädchen Einbruch hervorzurufen, wie er auch in den letzten Monaten im Dresdner Landgericht von jungen Damen mit Interesse verfolgt wurde. Begegnung unbefriedigter Führung des Doktoratels und anderer Straftaten ist Ritter von der Staatsanwaltschaft bereits zur Verantwortung gezogen worden, ob noch andere Sachen auf sein Konto kommen, dürften die behördlichen Ermittlungen wohl ergeben, insbesondere, wie er zu dem Universitätsausweis gekommen ist.

**Ein unglaubliches Poststück!** Am 18. Dezember vorigen Jahres wurde der 1888 zu Dresden geborene, im Laubegast wohnende Oberpostsekretär Walter Jahn vom Gemeinsamen Schöffengericht wegen Verbrechens und Vergehens im Amt nach den §§ 850, 851 und 859 des StGB zu drei Monaten Gefängnis verurteilt, auch drei Jahre für unlösbare erklärte öffentliche Amt zu besiedeln. Gegen das Urteil legte Jahn Berufung ein, die am Montag in einer vielstündigen Sitzung vor der fünften Strafammer zur Verhandlung und außerordentlichen Entscheidung kam. Der Angeklagte war in erster Instanz überführt angesehen worden, daß er während seiner Tätigkeit im Bahnhof im Stadtteil im August 1924 einen Brief an einen unbekannten Empfänger geschrieben habe. Der Angeklagte bekräftigte auch in der Berufungsverhandlung nachdrücklich jener ungeheure Postbeamte gewesen zu sein, der den fraglichen Brief verantworthebt. Seine Brief- und Postkarte habe am 15. Dezember 1923 geöffnet, er sei auch nicht jener Unbekannte gewesen, der dann später am 18. Januar 1924 den übrigen Teil des Briefes im Postamt der Leipziger Hauptpostamts zur Weiterbeförderung aufgeliefert habe. Nach zeitraubenden Erörterungen des hier in Frage kommenden Dienstes des Angeklagten wurde in einer erneuten und umfangreichen Beweiserhebung eingetreten. Begegnung unbefriedigter Führung des Doktoratels und anderer Straftaten ist Ritter von der Staatsanwaltschaft bereits zur Verantwortung gezogen worden, ob noch andere Sachen auf sein Konto kommen, dürften die behördlichen Ermittlungen wohl ergeben, insbesondere, wie er zu dem Universitätsausweis gekommen ist. Schriftsteller verhinderten, der damals die Einschreibebriefe aufgeschrieben habe. Der Angeklagte bekräftigte auch in der Berufungsverhandlung nachdrücklich jener ungeheure Postbeamte gewesen zu sein, der den fraglichen Brief verantworthebt. Seine Brief- und Postkarte habe am 15. Dezember 1923 geöffnet, er sei auch nicht jener Unbekannte gewesen, der dann später am 18. Januar 1924 den übrigen Teil des Briefes im Postamt der Leipziger Hauptpostamts zur Weiterbeförderung aufgeliefert habe. Nach zeitraubenden Erörterungen des hier in Frage kommenden Dienstes des Angeklagten wurde in einer erneuten und umfangreichen Beweiserhebung eingetreten. Begegnung unbefriedigter Führung des Doktoratels und anderer Straftaten ist Ritter von der Staatsanwaltschaft bereits zur Verantwortung gezogen worden, ob noch andere Sachen auf sein Konto kommen, dürften die behördlichen Ermittlungen wohl ergeben, insbesondere, wie er zu dem Universitätsausweis gekommen ist. Schriftsteller verhinderten, der damals die Einschreibebriefe aufgeschrieben habe.

Schriftsteller verhinderten, der damals die Einschreibebriefe aufgeschrieben habe. Der Angeklagte bekräftigte auch in der Berufungsverhandlung nachdrücklich jener ungeheure Postbeamte gewesen zu sein, der den fraglichen Brief verantworthebt. Begegnung unbefriedigter Führung des Doktoratels und anderer Straftaten ist Ritter von der Staatsanwaltschaft bereits zur Verantwortung gezogen worden, ob noch andere Sachen auf sein Konto kommen, dürften die behördlichen Ermittlungen wohl ergeben, insbesondere, wie er zu dem Universitätsausweis gekommen ist. Schriftsteller verhinderten, der damals die Einschreibebriefe aufgeschrieben habe. Der Angeklagte bekräftigte auch in der Berufungsverhandlung nachdrücklich jener ungeheure Postbeamte gewesen zu sein, der den fraglichen Brief verantworthebt. Begegnung unbefriedigter Führung des Doktoratels und anderer Straftaten ist Ritter von der Staatsanwaltschaft bereits zur Verantwortung gezogen worden, ob noch andere Sachen auf sein Konto kommen, dürften die behördlichen Ermittlungen wohl ergeben, insbesondere, wie er zu dem Universitätsausweis gekommen ist. Schriftsteller verhinderten, der damals die Einschreibebriefe aufgeschrieben habe. Der Angeklagte bekräftigte auch in der Berufungsverhandlung nachdrücklich jener ungeheure Postbeamte gewesen zu sein, der den fraglichen Brief verantworthebt. Begegnung unbefriedigter Führung des Doktoratels und anderer Straftaten ist Ritter von der Staatsanwaltschaft bereits zur Verantwortung gezogen worden, ob noch andere Sachen auf sein Konto kommen, dürften die behördlichen Ermittlungen wohl ergeben, insbesondere, wie er zu dem Universitätsausweis gekommen ist. Schriftsteller verhinderten, der damals die Einschreibebriefe aufgeschrieben habe. Der Angeklagte bekräftigte auch in der Berufungsverhandlung nachdrücklich jener ungeheure Postbeamte gewesen zu sein, der den fraglichen Brief verantworthebt. Begegnung unbefriedigter Führung des Doktoratels und anderer Straftaten ist Ritter von der Staatsanwaltschaft bereits zur Verantwortung gezogen worden, ob noch andere Sachen auf sein Konto kommen, dürfen die behördlichen Ermittlungen wohl ergeben, insbesondere, wie er zu dem Universitätsausweis gekommen ist.



